

in Leipzig geboren, sondern immer auch in Leipzig geblieben. Herr Dirschka ist Elektromeister, geschäftsführender Gesellschafter eines Betriebes mit 30 Mitarbeitern und acht Lehrlingen. Seit 1990 ist er Präsident der Handwerkskammer in Leipzig und Mitglied des Präsidiums des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks. Ich bitte Sie ums Wort.

Joachim Dirschka: Schönen Dank Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren Bundestagsabgeordnete, liebe Damen und Herren. Das Handwerk und der Mittelstand haben mit der Wiederherstellung der deutschen Einheit in den neuen Ländern eine rasante Entwicklung erfahren – dieses Aufblühen der mittelständischen Wirtschaft wirkte sich katalysierend auf die gesamten neuen Bundesländer aus.

Die Zahl der kleinen und mittelständischen Unternehmen wuchs im Zuge der Gründungswelle von 1990 bis 1993 auf nahezu eine halbe Million an. Der Aufbau dieser Unternehmen stellte den Großteil der neu geschaffenen Arbeitsplätze in den neuen Ländern zur Verfügung. Während die industriellen Großbetriebe im Zuge der Privatisierung und Neustrukturierung Arbeitsplätze in Größenordnungen abbauten bzw. infolge der mangelnden Produktivität bedeutungslos wurden, entstanden in den sich entfaltenden kleinen und mittelständischen Unternehmen Arbeitsplätze für Tausende Menschen. Mit dieser Entwicklung wurde ganz maßgeblich zur Stabilisierung des Arbeitsmarktes in den neuen Ländern und zur Durchführung des politischen Umwandlungsprozesses beigetragen.

Sechs Jahre nach der Wiederherstellung der deutschen Einheit besteht in den neuen Ländern eine breite Basis kleiner und mittelständischer Unternehmen, die aber auf sehr wackligen Füßen steht und einer dringenden Konsolidierung bedarf.

Die Unternehmen in der DDR agierten bis 1989 in einem Markt, der durch die Bilanzierung der Betriebe im System der Planwirtschaft recht deutlich abgesteckt war. Die Kapazität der Betriebe wurde über den verlängerten Arm der Planwirtschaft reguliert, indem verfügbare Materialien und Ausstattungen nur im Umfang des dem Unternehmen in der Wirtschaft zugeordneten Segments zur Verfügung standen und das Produktionsvolumen definiert war. Die Unternehmen operierten in einem abgeschotteten System, das kaum Freiheitsgrade für unternehmerisches Risiko und Expansion ließ.

Im Zuge der politischen Veränderungen sahen sich die Unternehmen im Jahre 1990 dem marktwirtschaftlichen Bedingungsgefüge gegenüber, in dem sich das Element „Markt“ als äußerer Zwang der Unternehmensentwicklung etablierte. Diese Situation erzwang von allen Unternehmern eine grundlegende Umstellung sowie ein grundlegendes Umdenken.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, gestatten Sie mir, einige der vollzogenen Änderungen an wenigen Beispielen aus dem Wirtschaftsbereich Handwerk zu illustrieren, um die Tragweite der vollzogenen wirtschaftlichen Veränderungen anschaulich zu machen:

Die Handwerksbetriebe in Ostdeutschland agierten zum Großteil im Bereich der Versorgung und Dienstleistung für die Bevölkerung bzw. waren im produzierenden Gewerbe als Zulieferer an die Industriebetriebe gebunden. Insbesondere im mitteldeutschen Raum mit seiner stark ausgeprägten Großindustriefunktionierte diese Symbiose auf einem sehr hohen Niveau. So waren im Gebiet des heutigen Freistaates Sachsen zahlreiche Handwerksbetriebe als Zulieferer für die metallverarbeitenden Betriebe sowie im Maschinen- und Fahrzeugbau tätig. Diese Unternehmen befanden sich aufgrund der relativen Konstanz im Bereich der Produktpalette und der zentralistischen Planung des Produktionsausstoßes in der Industrie in einer sehr stabilen wirtschaftlichen Situation.

Mit dem Niedergang der Industriebetriebe nach 1990 und der fehlenden bzw. ungenügenden Industrieansiedlung wurden diese Betriebe in eine schwierige Situation gestürzt, da der einstige Hauptauftraggeber nicht mehr existent und adäquate Ersatzaufträge nicht in Sicht waren. Der Anteil der Zulieferleistungen reduzierte sich innerhalb kürzester Zeit auf schätzungsweise ein Zehntel des vorherigen Volumens. Die produzierenden Metall- und Elektrobetriebe im Handwerk haben, regional unterschiedlich, noch heute unter dem fehlenden Industriebesatz zu leiden und müssen unter sehr schwierigen Bedingungen nach neuen Aufträgen suchen. So konnte im Regierungsbezirk Leipzig bereits 1994 von einer weitestgehend erfolgten Stabilisierung der produzierenden Metall-/Elektrobetriebe ausgegangen werden, während im Raum Chemnitz dieses Problem noch bis in die Gegenwart hineinreicht. Im Raum Leipzig konnten sich zahlreiche der einstigen Industriezulieferer aufgrund des einsetzenden Baubooms im Ausbaugewerbe etablieren und durch eine Umstellung der Angebots- und Produktpalette ihre Existenz sichern.

In den erfolgten Industrieansiedlungen von bundesweit operierenden Unternehmen im Freistaat Sachsen wurde oft auf bestehende Zuliefererstrukturen zurückgegriffen, so daß die einheimischen Unternehmen nur schwer an die begehrten Aufträge gelangten. Hier spielt zumeist nicht die Qualität bzw. die verfügbare Kapazität der Unternehmen eine Rolle, sondern es wird auf gewachsene Zulieferstrukturen zurückgegriffen, die teilweise auch in die Billiglohnländer hineinreichen.

Einen besonderen starken Auftrieb erlebte in den neuen Ländern das kleine und mittelständische Baugewerbe. Waren zu DDR-Zeiten wenige Baukombinate dominant, die den staatlichen Wohnungs- und Gewerbebau unter sich aufteilten, so drängten mit der deutschen Einheit und der einsetzenden Bautätigkeit sowohl die industriellen Großunternehmen der Bauwirtschaft als auch zahlreiche handwerkliche Anbieter auf den Markt, die nachhaltig die Baulandschaft prägten. Gerade die handwerklichen Bauunternehmen entwickelten sich sehr schnell und konnten einst von Staatsunternehmen beanspruchte Bereiche für sich erschließen. Mit diesen Unternehmen wurde die in den neuen Ländern vorher in diesem Ausmaß nie gekannte Baunachfrage befriedigt, wodurch die dringend notwendigen Investitionen überhaupt realisierbar wurden. Gerade in